

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Jobcenter

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne und FDP
- 101.16.1276 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich schnellstmöglich sowohl über den Deutschen Städtetag wie auch direkt bei den Akteuren auf Bundesebene für eine verlässliche Perspektive für die Jobcenter einzusetzen.

Der zwischen dem Bundesarbeitsministerium und allen 16 Bundesländern gefundene Kompromiss zur Änderung des Grundgesetzes, als auch der Gesetzentwurf für eine Ausgestaltung der Zusammenarbeit in den Arbeitsgemeinschaften muss weiterverfolgt und beschlossen werden.

Dabei ist

- das Prinzip der Leistungsgewährung aus einer Hand
- die Sicherung von kommunalem Einfluss
- die Kontinuität bei der Leistungsgewährung und Förderung im SGB II sicher zu stellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

abwesend: Stadtverordneter Häfner
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Jobcenter, 101.16.1276, wird **zugestimmt**.